

GUATE-NETZ

Infobulletin Guatemala-Netz Zürich

Nr. 72 – April 2024

Liebe Leser:innen

2023 war in Guatemala ein Wahljahr und daher besonders ereignisreich. Niemand hatte jedoch vorausgesehen, wie turbulent das Jahr schliesslich würde. Unser letztes Bulletin vom Mai 2023 zeigt, dass sowohl Vertreter:innen der organisierten Zivilgesellschaft als auch Analyst:innen fest mit einer weiteren Konsolidierung des autoritären Staates gerechnet hatten. Im Juni kam dann das überraschende Wahlresultat: Das kandidierende Duo der sozialdemokratischen Partei Movimiento Semilla erreichte den zweiten Platz. Es folgte eine Zeit voller Hoffen und Bangen. Zunächst war unklar, ob Bernardo Arévalo und Karin Herrera überhaupt zum zweiten Wahlgang zugelassen würden, und dann, nachdem sie diesen im August mit 61 Prozent der Stimmen gewonnen hatten, ob sie tatsächlich ihr Amt antreten könnten oder ob der «Pakt der Korrupten» den Machtwechsel doch noch verhindern würde.

Im Januar 2024 wurden Arévalo und Herrera schliesslich in ihrem Amt vereidigt. Ausschlaggebend für die Verteidigung des Volkswillens und der Demokratie waren die Mobilisierung und das politische und strategische Geschick der indigenen Bevölkerung. Nach Jahren der Ausgrenzung und Verfolgung hofft die Zivilgesellschaft jetzt auf die Sicherung von Menschen- und Bürger:innenrechten. Die Ereignisse rund um die Wahlen haben das politische Bewusstsein gestärkt ebenso wie die Überzeugung, dass die Ausübung des Rechts zu protestieren konkrete transformative Auswirkungen haben kann. Nun geht es darum, weiterhin Druck auszuüben, damit die erhobenen Forderungen umgesetzt werden und die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen in der Regierung vertreten sind. Der Umgang der Regierung mit wirtschaftlichen Megaprojekten, die die Umwelt und lokale Gemeinschaften bedrohen, kann dafür zur Bewährungsprobe werden, wie die Texte in diesem Heft zeigen.

Wir werden die politischen Entwicklungen in Guatemala weiter gespannt beobachten – hinschauen, zuhören, berichten und vernetzen. Wir freuen uns, wenn sie uns auch zukünftig in diesem Engagement unterstützen. Vielen Dank!

Alice Froidevaux



Das neue Präsidentschafts-Duo Bernardo Arévalo und Karin Herrera nimmt an einer Maya-Zeremonie teil. Foto: Prensa Comunitaria - Esly Melgarejo

Guatemala im Umbruch: Die komplexe Realität nach dem Machtwechsel

Nach einer umkämpften Präsidentschaftswahl und einem beispiellosen Aufstand der indigenen Bewegungen gelang in Guatemala ein historischer Machtwechsel. Bald ist der sozialdemokratische Präsident Arévalo 100 Tage im Amt. Gemeinhin gilt dieser Moment als Gradmesser für den Start einer neuen Regierung. Luis Pacheco, ehemaliger Präsident der 48 Cantones de Totonicapán¹, und Adaluz García vom Gobierno Ancestral Plurinacional² der Region Huehuetenango waren beide massgeblich an den landesweiten Protesten beteiligt und verfolgen die politischen Entwicklungen unter der neuen Regierung aufmerksam – für uns haben sie die aktuelle Lage analysiert.

Alice Froidevaux

GUATE-NETZ: Was hat die 48 Cantones im Oktober 2023 dazu bewegt, zum nationalen Streik aufzurufen?

Luis Pacheco (LP): Als Organisation 48 Cantones haben wir eine Verpflichtung der Bevölkerung gegenüber, als gewählte Vertreter:innen stehen wir in ihrem Dienst. Wir hatten bereits früher Position bezogen gegen den Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch die Regierung. Etwa als die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit (CICIG) abgesetzt wurde oder als in den letzten Jahren verstärkt unabhängige Richter:innen, Staatsanwält:innen und Journalist:innen kriminalisiert wurden. Es gab schon damals Proteste. Doch rund um die Wahlen 2023 spitze sich die Situation noch einmal zu.

Wir sind parteipolitisch unabhängig, unterstützen also keine Parteien oder Kandidat:innen. Dennoch haben wir die Wahlen natürlich beobachtet. Als nach dem Überraschungssieg von Bernardo Arévalo klar wurde, dass die herrschende Elite den Volkswillen nicht respektieren will, sahen wir uns dazu verpflichtet, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die Demokratie zu verteidigen und einen Staatsstreich zu verhindern. Unsere Hauptforderung war und bleibt der Rücktritt der korrupten Generalstaatsanwältin Consuelo Porras und ihrer Handlanger:innen. Sie waren es, die aktiv versuchten den eingeläuteten Machtwechsel zu verhindern und sie sind es, die das System des «Paktes der Korrupten» stützen.

Wie ist euch die landesweite Mobilisierung gelungen?

LP: Zuerst war es ein interner Prozess. Die 48 Cantones funktionieren in einer Struktur, die einem Staat ähnelt, mit einem Präsidium, einem Vorstand und verschiedenen Räten. In meiner damaligen Rolle als Präsident erkannte ich die Gelegenheit zu verdeutlichen, dass Veränderung von den indigenen Völkern ausgehen kann. Ich trug die Idee der

nationalen Mobilisierung in unsere Räte. Es waren nicht alle einverstanden, aber die Mehrheit der Vertreter:innen der 48 Cantones wollte diesen Weg gehen. In einem nächsten Schritt luden wir weitere uns nahestehende und anerkannte indigene Autoritäten³ ein sich dem Aufruf zum nationalen Streik anzuschliessen. Dazu gehörten die Kolleg:innen aus San Cristobal, Chichicastenango, Santa Lucía und Sololá, das Xinca-Parlament und die Autoritäten der Ixiles. Letztlich übernahmen die Medien den Rest. Ich weiss nicht genau, wie die Information zu ihnen gelangte. Auf jeden Fall zirkulierte der Aufruf für einen nationalen Streik am 2. Oktober plötzlich und so schlossen sich uns viele weitere Menschen an.

Was darauf folgte, übertraf selbst unsere Erwartungen. Ursprünglich planten wir einen viertägigen Streik. Die Bewegung entwickelte sich aber zu etwas viel Grösserem. Dass sich grosse Teile der gesamten Bevölkerung an den Protesten beteiligten, motivierte uns, weiterzumachen.

Und ihr habt sehr lange weitergemacht, ganze 106 Tage! Wie ist es gelungen die Proteste bis zum 14. Januar, dem Tag der Amtseinsetzung von Bernardo Arévalo, aufrecht zu halten?

LP: Einerseits konnten wir der Bevölkerung die Rechtmässigkeit und Dringlichkeit dieser Proteste zu vermitteln. Immer mehr Bevölkerungsgruppen schlossen sich den Protesten an – soziale Bewegungen aus der Hauptstadt, Händler:innen, Taxifahrer, Studierende. Andererseits war die Anpassung unserer Strategie im Verlauf der Proteste entscheidend, um die Unterstützung einer breiten Masse zu behalten. Zu Beginn hatten wir mit Strassenblockaden an verschiedenen wichtigen Verkehrsknotenpunkten das gesamte Land lahmgelegt. Nach einer gewissen Zeit begannen diese Blockaden jedoch der Bevölkerung selbst zu schaden



Luis Pacheco (2.v.r.) und weitere indigene Autoritäten während der landesweiten Proteste Ende 2023. Foto: Prensa Comunitaria

und Unmut zu erzeugen. Nach internen Diskussion entschied die Mehrheit, die Blockaden aufzuheben und den Schwerpunkt der Proteste in die Hauptstadt zu verlagern. Dort errichteten wir Protestcamps vor der Generalstaatsanwaltschaft und dem Parlament.

Entscheidend für den Verlauf der Proteste waren auch die enorme Solidarität und der unerschütterliche Durchhaltewille. Von Anfang bis Ende waren die Proteste selbstorganisiert und selbstfinanziert. Menschen unterschiedlichster Hintergründe unterstützten uns mit Matratzen, Decken und Lebensmitteln. Zusätzlich etablierten wir ein Rotationsystem zwischen den verschiedenen indigenen Gruppen, um eine kontinuierliche Präsenz zu gewährleisten und uns gegenseitig zu entlasten. Letztlich trug auch der ehemalige Präsident Giammattei selbst zum anhaltenden Erfolg der Proteste bei. Seine Äusserungen und offensichtlichen Versuche die Proteste zu untergraben haben die Bevölkerung nur noch wütender gemacht.

Wie war eure Erfahrung am Tag der Amtseinführung von Arévalo angesichts der dramatischen Ereignisse im Kongress und der späten Vereidigung nach Mitternacht?

Adaluz García (AG): Schon Tage vor der Amtseinführung war die Spannung spürbar. Wir spielten verschiedene Szenarien durch und definierten einen Plan B für den Fall,

dass Arévalo nicht eingesetzt würde. Am Tag der Vereidigung spitzte sich die Situation zu. Eine Gruppe entschloss sich, die Proteste auf dem Hauptplatz fortzusetzen und so ihre Solidarität mit dem gewählten Präsidentschafts-Duo zu zeigen. Die Lage war sehr chaotisch. Es war schwierig zu koordinieren und es gab Versuche die Proteste zu sabotieren: Die Polizei versuchte den Zugang zur *Plaza de la Constitución* zu blockieren, Journalist:innen wurden an ihrer Berichterstattung gehindert, Lautsprecher-Anlagen wurden sabotiert. Die Leute wussten nicht, was alles noch passieren würde, aber sie waren entschlossen bis zum Ende zu bleiben. Der nächste Morgen brach auf der *Plaza* an. Und dann kam die grosse Erleichterung!

LP: Im Jahr 2023 war ich als Präsident der *48 Cantones* massgeblich an der Entwicklung von Strategien und an Verhandlungen im Zusammenhang mit den Protesten beteiligt. Als Ende 2023 das Präsidium unserer Organisation neu bestellt wurde, bot man mir an weiterzumachen. Aber ich lehnte ab, um die übliche Amtszeit von einem Jahr einzuhalten und potenzielle Kritik zu vermeiden. Es wäre inkonsequent gewesen für die Demokratie zu kämpfen und gleichzeitig unsere eigenen Regeln zu brechen.

Der Moment des Amtswechsels war natürlich ungünstig. Viele haben mich weiter als Ansprechpartner gesucht. Ich ermutigte den neuen Präsidenten der *48 Cantones*, selbst-

bewusst zu handeln und bot ihm Beratung an. Gleichzeitig stelle ich klar, dass ich nicht mehr öffentlich für die Organisation sprechen konnte. Der Übergang in meine private Rolle brachte auch erhebliche Sicherheitsrisiken mit sich, da ich nicht mehr den gleichen Schutz genoss wie zuvor als gewählte, anerkannte indigene Autorität. In der Hitze des Gefechtes rieten mir einige, vorsichtshalber das Land zu verlassen. Wegbegleiter riefen mich an und sagten mir, es ständen bereits Fahrzeuge bereit, um mich falls nötig ausser Landes zu bringen. Als Arévalo schliesslich nach ein Uhr morgens endlich vereidigt wurde, empfand ich eine grosse Genugtuung – als ehemaliger Präsident der 48 Cantones wie auch persönlich. Verschiedene Vertreter:innen der internationalen Gemeinschaft gratulierten mir, darunter auch der Generalsekretär der Organisation der Amerikanischen Staaten OAS, der betonte: «Dieser Sieg gebührt auch dir!»

Ohne die Proteste der indigenen Bevölkerung wäre Arévalo jetzt nicht im Amt. Was erwartet ihr von der neuen nationalen Regierung und wie wollt ihr sicherstellen, dass die sie ihre Versprechen auch hält?

AG: Es gibt viele Erwartungen, aber auch viele Unsicherheiten. Wir sind uns bewusst, dass die Sektoren, die das Land über Jahrzehnte dominiert haben, jetzt nicht einfach verschwunden sind. Das zeigt sich beispielhaft in der Zusammensetzung des Kabinetts oder in der Besetzung der lokalen Regierungsposten. Wir haben die fehlende Vertretung der indigenen Bevölkerung stark kritisiert. Die indigene Bevölkerung ist eine der wichtigsten Verbündeten von Arévalo. Deshalb ist klar, dass er auf ihre Anliegen eingehen und ihnen Antworten liefern muss – und das tut er auch. Als *Gobierno Ancestral Plurinacional* haben wir in den kommenden Tagen ein Treffen mit dem Sekretariat für die Planung und Programmsetzung der Präsidentschaft SEGEPLAN. Es geht jedoch nicht nur um die Erfüllung einer Schuld, sondern auch darum zu zeigen, ob die Regierung tatsächlich in der Lage ist Programme effektiv umzusetzen.

LP: Arévalo zeigt eine grosse Offenheit. Schon vor der Amtseinführung hat er sich zum Austausch mit den indigenen Autoritäten getroffen. Dennoch: Er ging nicht von Anfang an mit dieser Überzeugung ins Rennen. Die Anliegen der indigenen Bevölkerung kamen in seinem ursprünglichen Programm nicht vor. Es wird also eine Herausforderung bleiben diese voranzubringen. Wir müssen weiterhin klare Forderungen stellen aber auch Vorschläge präsentieren. Es ist wichtig sich bewusst zu sein, dass Arévalo und seine Partei *Semilla* selbst nicht

mit einem Wahlsieg gerechnet haben. Sie waren eigentlich noch nicht bereit und betrachteten diese Wahlen als Vorbereitung für die Wahlen im Jahr 2028. Wir müssen Ansprüche stellen, aber zugleich auch realistisch sein. Veränderungen werden nicht über Nacht eintreten. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist enorm. Dadurch kann die Hoffnung schnell schwinden. Es ist wichtig die Menschen dazu zu ermutigen, geduldig zu bleiben, ohne dabei passiv zu werden.

Initiativen wie *Gobierno abierto: desde los Pueblos para los Pueblos*, mit der die Regierung die Teilnahme der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen garantieren möchte, sind vielversprechend. Wir müssen diese Räume aber richtig zu nutzen wissen. Solche Initiativen können auch als Strategie der Regierung dienen, um die Bevölkerung zu besänftigen und die sozialen Bewegungen unter Kontrolle zu halten. Die grosse Herausforderung besteht darin, Wege zur Teilhabe und Mitbestimmung zu finden, ohne dabei unsere eigenen Organisationsstrukturen aufzugeben oder unsere Unabhängigkeit zu gefährden. Für mich ist die Stärkung der Einheit der indigenen Völker über regionale Grenzen hinweg zentral. Persönlich strebte ich die Einrichtung einer nationalen Versammlung der indigenen Völker an. Ob dies zustande kommt, wird sich zeigen. Die Entwicklungen hängen auch immer stark von den derzeitigen Autoritäten ab.

Eine konkrete Antwort der neuen Regierung auf die Forderungen der indigenen Bevölkerung war die Ankündigung eines Bergbaumatoriums. Was bedeutet das für euch und für die politisch-wirtschaftliche Situation Guatemalas?

AG: Grundsätzlich begrüssen wir diesen Schritt der neuen Regierung. Allerdings sind wir uns bewusst, dass Arévalo auch den Interessen der Wirtschaft und internationaler Investoren Rechnung tragen wird. Unsere Vorschläge für Entwicklungsprogramme werden nun zwar berücksichtigt. Allerdings kann dies auch als Mittel dienen, um unsere Wachsamkeit zu mindern. Während der Amtszeiten von Pérez Molina, Morales und Giammattei, war es offensichtlich, dass die Regierung nicht im Interesse der Bevölkerung handelte. Wir waren also in ständiger Alarmbereitschaft, informierten uns kontinuierlich, dokumentierten Menschenrechtsverletzungen. Wir dürfen uns auch mit der neuen Regierung nicht zu sicher fühlen. Es ist klar, dass Arévalo sich nicht radikal auf die Seite der indigenen Bevölkerung stellen kann. Er steht in der Schuld verschiedener Interessengruppen. Die verbesserten Beziehungen von Arévalo mit der internationalen Gemeinschaft bedeuten auch, dass neue Projekte und Investitionen kommen werden. Unser Dialog mit der Regierung schliesst nicht aus, dass wir uns gegen Wirtschafts- und Bergbauprojekte wehren. Die Verteidigung unserer Territorien wird



«Ja zum leben. Nein zum Bergbau. Wir fordern die Aufhebung von Minenlizenzen.» Foto: Prensa Comunitaria - Francisco Simon

weiterhin oberste Priorität haben!

Seit den erfolgreichen Protesten werden die indigenen Autoritäten heute mehr wahrgenommen. Wie schätzt ihr den Einfluss dieser Entwicklung auf den tiefverwurzelten Rassismus in Guatemala ein?

LP: In den letzten Monaten habe ich enorme Anerkennung und Dankbarkeit erfahren. Viele Menschen aus der Hauptstadt haben mir gesagt: «Danke, dass ihr Guatemala die Hoffnung zurückgegeben habt, von der wir dachten, sie sei verloren. Ihr habt uns gezeigt, wie man eine friedliche Demonstration abhält, wie man sich vereint und Durchhaltevermögen zeigt.» Ich sehe diesen Moment als grosse Chance. Früher betrachtete ein Grossteil der Menschen in der Hauptstadt eine indigene Autorität abwertend, fragte «wohin geht dieser Mann und was macht er mit diesem Stab?» Heute werden die Autorität auf der Strasse respektvoll gegrüsst und die *varas*⁴ sind zum Symbol der Proteste geworden. Wir müssen jedoch wachsam sein, dass wir nicht ausgenutzt werden. Viele behandeln einen wie einen grossartigen Menschen, doch das ist oft eine Fassade, um eigene Interessen zu verfolgen. Die indigenen Autoritäten haben auch die Verpflichtung ihre Prinzipien nicht zu vergessen. Daher legen wir grossen Wert darauf, junge Menschen in Demokratie und guter Regierungsführung zu befähigen.

AG: Wir haben eine Verschiebung in der Wahrnehmung der städtischen Bevölkerung festgestellt. Doch ich be-

zweifle, dass diese neue Anerkennung von Dauer sein wird. Letztendlich bleibt Arévalo das Idol. In der Regierung gibt es bisher keine Vertreter:innen der Völker, die die Proteste angeführt haben. Ein Grund dafür ist unter anderem, dass viele von uns nicht über die erforderliche akademische Ausbildung für öffentliche Ämter verfügen. Dies ist das Resultat eines Systems, das unseren Bildungsstand niedrig hält und unsere Formen des Wissens nicht würdigt. Ich vermute, dass das Bild des unfähigen Indigenen bei vielen immer noch präsent ist. Wir werden sehen, ob sich das nun endlich wirklich ändert.

1 Die 48 Kantone sind eine guatemalteckische indigene Regierungsstruktur, die sich aus Vertreter:innen der K'iche'-Gemeinden der Region Totonicapán im Westen des Landes zusammensetzt.

2 Die aneztrale, plurinationale Regierung setzt sich aus Vertreter:innen der indigenen Nationen Akateko, Chuj, Q'anjob'al und Popti' der Region Huehuetenango im Nordwesten des Landes zusammen.

3 Der Begriff «indigene Autorität» bezieht sich auf die Position, die ein Mitglied innerhalb der Gemeinschaft hat. Einige der Autoritäten haben ein politisches Amt auf Zeit inne, diese werden gewählt und agieren innerhalb einer hierarchischen Struktur. Andere Autoritäten erhalten ihren Platz im Maya-Volk auf Lebenszeit durch Berufung, wie die Heiler:innen, Geburtshelferinnen und spirituelle Ratgeber:innen.

4 Holzstäbe, die die Autorität ihrer Träger:innen als Vertreter:innen ihrer Gemeinschaften versinnbildlichen.

Der Kampf um Pressefreiheit: Ein Interview mit der indigenen Journalistin Norma Sancir

2014 wurde die Community-Journalistin Norma Sancir während der Berichterstattung über eine Demonstration in Camotán, Chiquimula, unrechtmässig verhaftet. Nach einem langwierigen juristischen Prozess wurden im Januar 2024 die involvierten Polizist:innen endlich verurteilt. Die Polizist:innen haben Berufung gegen das Urteil eingelegt. Norma Sancir kämpft weiterhin für die freie Meinungsäusserung in Guatemala. Michael Kohli

GUATE-NETZ: Wie bist du zum Community-Journalismus gekommen und welche Besonderheiten hat diese Art Lokaljournalismus für dich?

Norma Sancir: Als ich Journalismus studierte, strebte ich zunächst eine Karriere als Journalistin in einem der bekannten Medien mit grosser Reichweite an. Doch im Verlauf meiner Ausbildung wurde mir zunehmend bewusst, wie die Medienlandschaft tatsächlich aussieht. In Guatemala besteht ein Medienmonopol, was die Arbeit in einem grossen Medienunternehmen erschwert. Wenn man eine Anstellung in einem solchen Unternehmen bekommt, ist man oft gezwungen sich selbst zu zensieren, da jedes Medium seine eigene Agenda hat.

Vor zehn Jahren war es nahezu unmöglich Themen über indigene Völker in den führenden Medien zu platzieren. Ich hatte dann die Gelegenheit mein Praktikum in einer der Gemeinden zu absolvieren, die zu den ärmsten des Landes gehörten. Während dieser Zeit befanden sich viele dieser Gemeinden im Widerstand gegen Bergbauunternehmen und ich wurde mit einer Realität konfrontiert, in der die indigenen Gemeinschaften angegriffen und ihre Rechte verletzt wurden. Der Bedarf der Gemeinden darüber zu berichten und diese Realität nach aussen zu tragen war sehr gross. Diese Erfahrung bewog mich dazu, mich dem Community-Journalismus zuzuwenden. Ich beschloss, zu bleiben! Die Verbreitung der gesammelten Informationen gestaltete sich damals äusserst schwierig, da noch nicht alles digitalisiert war wie heute. Trotzdem entschieden sich viele von uns Lokaljournalismus zu betreiben, weil wir einen Raum gefunden hatten, in dem wir frei und ohne Zensur veröffentlichen konnten – ohne dass uns eine vorgesetzte Person sagt, dieses Thema könnte einer bestimmten politischen oder wirtschaftlichen Macht schaden.

Wie steht es um die Pressefreiheit in Guatemala?

Ich glaube, dass Guatemala verschiedene Phasen erlebt hat, in denen die Meinungsfreiheit eingeschränkt war. Die Situation während des internen bewaffneten Konflikts war ganz anders als nach dem Abschluss der Friedensabkommen. Man würde erwarten, dass in einer Demokratie die Menschenrechte und insbesondere die Rechte indigener Völker und die Pressefreiheit besser respektiert werden als während des internen bewaffneten Konflikts. Das ist in der Realität aber nicht unbedingt der Fall. Eine grundlegende Veränderung gibt es jedoch wirklich: Seit den Friedensabkommen ist die Meinungsfreiheit ein verfassungsmässiges Recht, das für alle gilt.

Ich erwähne die Rechte der indigenen Völker und die Pressefreiheit spezifisch, weil ich selbst eine indigene Frau bin, Maya-Kaqchikel, deren berufliche Möglichkeiten eng mit der Pressefreiheit zusammenhängen. Trotz der verfassungsmässig garantierten Pressefreiheit stieg seit der Regierung von Otto Pérez Molina der Druck auf die Presse an, da durch die Arbeit der CICIG¹ viele Korruptionsfälle ans Licht kamen. Die Repression und Angriffe nahmen unter den Regierungen von Jimmy Morales und Alejandro Giammattei zu. Morales vertrieb die CICIG aus dem Land und während Giammatteis Amtszeit wurde die Zeitung «El Periódico» geschlossen und ihr Herausgeber kriminalisiert. Infolgedessen verliessen viele Journalist:innen das Land. Nebst diesem Fall, der viel Aufmerksamkeit erregte, haben die Angriffe und die Kriminalisierung gegen lokale Journalist:innen ebenfalls zugenommen.

Auch du wurdest willkürlich inhaftiert und falsch angeschuldigt. Das Urteil in deinem Fall gilt als wegweisend. Welche Auswirkungen kann es auf die Pressefreiheit im Land haben?

Das guatemalteckische Justizsystem ist langsam, überbürokratisiert und teuer. Deshalb trauen sich nur sehr wenige



Norma Sancir (2.v.l.) und weitere bedrohte und kriminalisierte guatemalteckische Journalist:innen. Bild: Prensa Comunitaria

Journalist:innen, ihre Rechte einzuklagen. Von denen, die diesen Schritt trotzdem wagen, werden viele Fälle abgewiesen. Da viele Journalist:innen davon ausgehen, dass ihre Beschwerden ohnehin abgewiesen werden, wollen sie sich nicht exponieren, da mit negativen Konsequenzen zu rechnen ist. Dennoch ist es sehr wichtig, Beschwerden einzureichen. Dies bewirkt, dass die Fälle in die Statistiken eingehen und verdeutlicht, dass der Staat Journalist:innen nicht ausreichend schützt.

Der Prozess war für mich alles andere als einfach, weil ich nur begrenzt Unterstützung hatte. Rückblickend frage ich mich manchmal, wie ich es geschafft habe so lange durchzuhalten. Ich habe unzählige Interviews gegeben und an zahlreichen Sitzungen teilgenommen. Am Ende erlangte der Fall eine erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit und gilt als wegweisend, sowohl aufgrund seiner langen Dauer durch zahlreiche Verzögerungen als auch aufgrund der Verurteilung der Polizist:innen. Zudem wurden wichtige Gutachten vorgelegt, die die Bedeutung des Community-Journalismus in Guatemala unterstreichen.

Trotz der Vielfalt von Journalist:innen in Guatemala ist es immer noch so, dass die Community-Journalist:innen am stärksten gefährdet sind, weil sie aufgrund der Themen über die sie berichten starken Repressionen seitens der Wirtschaft und des Staates ausgesetzt sind. In den letzten Jahren gab es zahlreiche Übergriffe auf Lokaljournalist:innen, die sich mit Themen wie dem Schutz des Territoriums oder Widerständen gegen den Bergbau und gegen Wasserkraftwerke befassen. Daher ordnete das Gericht in meinem Fall Massnahmen zur angemessenen Wiedergutmachung und zum Schutz von

Journalist:innen in Guatemala an, insbesondere von Community-Journalist:innen. Leider ist das Urteil noch nicht rechtskräftig, weil die angeklagten Polizist:innen Berufung eingelegt haben. Bis ein definitives Urteil gesprochen wird, kann es nochmals ein bis zwei Jahre dauern.

Welche konkreten Massnahmen würdest du dir von der Regierung wünschen, um die Pressefreiheit effektiver zu schützen?

Trotz des Regierungswechsels und des damit verbundenen Optimismus herrscht Besorgnis darüber, dass die Verantwortlichen für die Kriminalisierung und Angriffe gegen Journalist:innen weiterhin Einfluss haben. Dennoch: Obwohl die umstrittene Consuelo Porras weiterhin die Generalstaatsanwaltschaft leitet und so grossen Einfluss auf das gesamte Justizsystem hat, gibt es Anzeichen, dass der neu gewählte Präsident Bernardo Arévalo die Absicht hat, die Pressefreiheit und die freie Meinungsäusserung zu schützen. Wenn ich heute die Gelegenheit hätte dem Präsidenten gegenüberzutreten würde ich ihm sagen, dass er die vorgeschlagenen Massnahmen zur Stärkung der Pressefreiheit schnellstmöglich umsetzen soll. Obwohl das Urteil in meinem Fall als wegweisend betrachtet werden kann, ist es entscheidend, dass weitere Schritte zur Umsetzung der Massnahmen unverzüglich folgen. Andernfalls riskieren wir, dass Kriminalisierung, juristische Verfolgung, Einschüchterung und Selbstzensur von Journalist:innen in den nächsten Jahren weitergehen.

¹ Die Internationale Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala CICIG war eine Ende 2006 geschaffene Instanz von unabhängigen internationalen Jurist:innen, die einheimische Ermittler:innen bei der Aufklärung schwerwiegender Straftaten und Korruptionsfälle unterstützte. Mit ihrer Beteiligung wurden mindestens 70 kriminelle Vereinigungen zerschlagen. Auf Betreiben von Präsident Jimmy Morales und mächtiger Eliten wurde ihr Mandat 2019 nicht mehr verlängert.

Tätigkeitsbericht 2023

Die umstrittenen Präsidentschaftswahlen und der beispiellose Kampf der indigenen und sozialen Bewegungen für die Verteidigung der Demokratie prägten die Sensibilisierungs- und Informationsarbeit vom Guatemala-Netz im Jahr 2023.

Veranstaltungen und Informationsarbeit

Im April sprach der indigene Journalist Carlos Choc an der Veranstaltung «Journalismus in Guatemala, ein gefährliches Unterfangen» über Menschenrechtsverletzungen in Verbindung mit den Tätigkeiten des russisch-schweizerischen Bergbauunternehmens Solway. Das Gespräch fand im Rahmen der Tour de Lorraine in Bern statt.

An unserer Mitgliederversammlung vom 1. Juni analysierte der deutsche Menschenrechtsanwalt und Kolumnist Miguel Mörth die politische Situation vor den Wahlen. Auch er hatte das Szenario, das schliesslich Realität wurde, nicht vorausgesehen.

Ende November und Anfang Dezember durften wir verschiedene Gäste aus Guatemala in der Schweiz willkommen heissen. Wir sprachen mit ihnen über die politischen Entwicklungen nach der Wahl-Überraschung. In Bern schilderten María Bautista aus der Region Ixquisis, Ada Luz García vom *Gobierno Ancestral Plurinacional* in Huehete-nango und Domingo Quino, indigene Autorität¹ aus Sololá, wie es den indigenen Gemeinschaften gelungen ist, die seit Jahrzehnten grössten Massenproteste zu organisieren. Trotz Differenzen und Infiltrationsversuchen vonseiten der korrupten politischen Elite verliefen die Proteste friedlich und wurden über Monate aufrechterhalten. In Zürich sprachen wir mit den beiden im Exil lebenden Aktivist:innen Lucía Ixchiu und Carlos Cano von *Festivales Solidarios* über die vielfältigen Ausdrucksformen in den landesweiten Protesten und darüber, was es für einen echten Kurswechsel in der Politik des Landes braucht. Begleitet wurde die Diskussion von einer Fotoausstellung, die «10 Jahre Mobilisierung in Guatemala» dokumentiert.

Auf Basis dieser Besuche schrieb unsere Präsidentin Alice Froidevaux einen Artikel über die politischen Entwicklungen in Guatemala, der im Dezember in der Zeitung «vorwärts» und im «Correos de las Américas» erschien. Zudem

konnten wir über das Jahr für verschiedene Schweizer Medien wie Radio SRF Kontakte in Guatemala vermitteln.

Vernetzung

Um Kräfte zu bündeln und unsere begrenzten Ressourcen bestmöglich zu nutzen, haben wir uns auch dieses Jahr eng mit gleichgesinnten Organisationen koordiniert. Die oben genannten Veranstaltungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Guatemalanetz Bern sowie mit medico international schweiz, PBI Schweiz und dem Solifonds organisiert.

Wir sind weiterhin aktives Mitglied des Schweizer Forums für Menschenrechte und Frieden in Guatemala und Honduras sowie der Internationalen Plattform gegen die Straflosigkeit. Darüber hinaus nehmen wir an den halbjährlichen Treffen der Zentralamerika-Plattform teil, bei denen Vertreter:innen von NGOs, die in und für Zentralamerika tätig sind, zusammenkommen, um sich auszutauschen und ihre politische Arbeit in der Schweiz zu koordinieren. Auch 2023 nahmen wir am jährlichen runden Tisch mit dem Schweizer Botschafter in Guatemala und Honduras teil.

Vorstandsarbeit

Im Berichtsjahr hat sich der Vorstand des Guatemala-Netz Zürich zu vier Sitzungen getroffen. Dazu kamen Treffen in kleineren Gruppen wie der Kommission des Fonds für Menschenrechtsverteidiger:innen sowie den Arbeitsgruppen Kommunikation und Solway. Im Dezember führten wir eine halbtägige Evaluations- und Planungssitzung durch, die wir mit einem gemeinsamen Abendessen ausklingen liessen.

Unser konkreter Beitrag

Mit unseren beiden Fonds «Solidarität konkret» und «Bildung bewegt» konnten wir auch 2023 bedrohte Menschenrechtsverteidiger:innen sowie junge Frauen und Männer auf dem Weg zu einer höheren Bildung unterstützen. Ausführlichen Berichte dazu finden Sie auf Seite 10–11.

¹ Der Begriff «indigene Autorität» bezieht sich auf die Position, die ein Mitglied innerhalb der Gemeinschaft hat. Einige der Autoritäten haben ein politisches Amt auf Zeit inne, diese werden gewählt und agieren innerhalb einer hierarchischen Struktur. Andere Autoritäten erhalten ihren Platz im Maya-Volk auf Lebenszeit durch Berufung, wie die Heiler:innen, Geburtshelferinnen und spirituelle Ratgeber:innen.

Der Fall Solway

Besonderes Augenmerk legen wir auch 2023 auf die Situation rund um das Bergbauprojekt «Fenix» in El Estor. Die guatemaltekischen Betreiberfirmen Compañía Guatemalteca de Niquel CGN und Compañía Procesadora de Niquel de Izabal Pronico gehören beide zur Schweizer Solway Gruppe. Über die Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung rund um die Nickelmine berichten wir seit mehreren Jahren. In verschiedenen Momenten konnten wir die lokale Widerstandsbewegung der Maya-Q'eqchi' Bevölkerung und die Fischerzunft von El Estor mit unserem Fonds «Solidarität konkret» unterstützen. Seit Anfang 2023 steht die Mine als Folge von Sanktionen des US-Finanzministeriums gegen Führungspersonen von CGN/Pronico aufgrund von Korruption und Einflussnahme still, aber der Schaden und die Bedrohung bleiben (siehe Bulletin Nr. 71).

Besuch vor Ort

Im Januar 2023 reisten Alice Froidevaux und Flurina Doppler (Guatemalanetz Bern) im Auftrag der Arbeitsgruppe Solway und mit Unterstützung von Fastenaktion nach Guatemala. In der Hauptstadt trafen sie sich mit verschiedenen Organisationen und Anwält:innen, die den Fall begleiten. Dann fuhren sie nach El Estor, um sich vor Ort ein Bild der Situation zu machen und sich mit lokalen Akteur:innen auszutauschen. Zum Programm gehörten die Teilnahme an einer Versammlung des *Consejo Ancestral Maya Q'eqchi'*, ein Treffen mit Vertreter:innen der Fischerzunft sowie mit von Kriminalisierung und Repression betroffenen Frauen und ein Besuch bei der lokalen NGO *Defensoria Q'eqchi'*. Zu spüren war vor allem die grosse Erschöpfung und Frustration der Bevölkerung, die sich seit vielen Jahren im Widerstand befindet. Die Ungewissheit, wie sich die Situation weiterentwickelt, und die vielen Konflikte haben das gegenseitige Vertrauen in der Bevölkerung unterminiert. Das Bergbauprojekt «Fenix» ist neben Palmöl- und Zuckerrohrplantagen, Projekten zur Ölförderung sowie der Präsenz von Drogenhandel und Paramilitarismus nur eine von vielen Bedrohungen der Lebensgrundlagen in der Region.

Die Reise wurde von unserer langjährigen Vertrauensperson Isabel Solís geleitet. Kollegen von Protection International sowie vom investigativ-journalistischen Magazin «El Observador» und der neue Schweizer Botschafter in Guatemala Roger Denzer nahmen ebenfalls an der Reise teil. Botschafter Denzers Beteiligung unterstreicht seine Offenheit gegenüber Menschenrechtsthemen und seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Durch die gemeinsame Erfahrung konnten wir ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis aufbauen. Wir sind weiterhin in engem Austausch mit ihm und unsere Kolleg:innen vor Ort haben einen direkten Zugang zur Schweizer Botschaft.

Ausblick

Die Stilllegung der Nickelmine in El Estor brachte nach langen Auseinandersetzungen, Ausnahmezustand und Polizeigewalt eine gewisse Ruhe für die lokale Bevölkerung. Allerdings verstärkte der Verlust eines wichtigen Arbeitgebers die Migration. Besonders in Zeiten des Wahlkampfs werden solche Widersprüche ausgespielt, um lokale Organisationen zu schwächen. Auf Empfehlung unserer Kontakte vor Ort haben wir unsere konkrete Unterstützung im Wahljahr nicht weiter vorangetrieben, um weitere Spaltungen und Komplikationen zu vermeiden. Trotz der Hoffnung auf Veränderung durch die nationalen Proteste und dem reformerischen Anspruch der neuen Regierung bleiben die Interessen ausländischer Investoren bestehen. Präsident Bernardo Arévalo steht nicht nur bei der indigenen Bevölkerung in der Schuld, sondern auch bei der internationalen Gemeinschaft, weil sich diese für einen geordneten Machtwechsel eingesetzt hat.

Seit dem Machtwechsel haben bedeutende Entwicklungen stattgefunden: Die USA haben ihre Sanktionen gegen CGN/Pronico aufgehoben. Im Gegenzug hat Solway in New York eine «Zwischenfirma» gegründet, mit der sie indirekt zu 100 Prozent Eigentümerin der Mine in El Estor bleibt. Die USA erhält indes mehr Kontrolle über die strategisch wichtigen Nickelgeschäfte. Allerdings steht die nötige Exportlizenz zur Wiederaufnahme der Tätigkeiten von CGN/Pronico weiterhin aus. Die neue Regierung hat ein Bergbaumoratorium angekündigt und möchte die Gesetzgebung zur Lizenzvergabe überprüfen. Gleichzeitig muss die Regierung das historische Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte umsetzen. Dieses anerkennt eine Reihe von Verletzungen der Rechte der indigenen Maya-Gemeinschaften in der Region und weist den Staat an, der Gemeinde Agua Caliente ihr Land zurückzugeben und die indigenen Gemeinschaften erneut zum Bergbauprojekt zu befragen. Die Erwartungen an die neue Regierung sind gross, sowohl von der indigenen Bevölkerung als auch von ausländischen Investoren. Wir bleiben im Austausch mit unseren Kontakten, um die lokalen Gemeinschaften bestmöglich zu unterstützen.

«Solidarität konkret»: Bericht 2023

Mit dem Fonds «Solidarität konkret» unterstützt das Guatemalanetz-Zürich seit mehreren Jahren bedrohte Menschenrechtsverteidiger:innen. Im vergangenen Jahr haben soziale Bewegungen, indigene Gemeinschaften und Organisationen, Aktivist:innen und NGOs eine ausschlaggebende Rolle in der Verteidigung der Demokratie gespielt. Sie machten sich dafür stark, dass das Wahlresultat anerkannt und umgesetzt wird und forderten den Rücktritt korrupter Richter:innen und Staatsanwälte:innen, die mit allen juristischen Tricks versuchten den Amtsantritt von Bernardo Arévalo und Karin Herrera zu verhindern. Der lange Atem der Protestierenden beeindruckt. Genauso die Tatsache, dass die Proteste friedlich blieben, auch wenn versucht wurde diese mit Randalierern zu unterwandern. Die führende Kraft in der Organisation und Durchführung der monatelangen Demonstrationen waren die indigenen Gemeinschaften.

Der Wechsel an der Spitze der politischen Macht nährt die Hoffnung auf eine gerechtere guatemalteckische Gesellschaftsordnung mit politischer Teilhabe aller – einschliesslich der indigenen Bevölkerung und der Garifuna. Gleichzeitig sind mahnende Stimmen zu hören, die zu Recht betonen, dass sich festgefahrene Strukturen und historische Kontinuitäten nicht innerhalb einer Amtszeit ungeschehen machen lassen. Struktureller Rassismus und ein auf Extraktivismus basierendes Wirtschaftssystem werden auch während der nächsten vier Jahren fortbestehen. Genauso wird der erhoffte Wandel im Justizsystem zu mehr Rechtsstaatlichkeit und eine Abkehr von der Strategie der Kriminalisierung von Widerstandsbewegungen, Aktivist:innen und Journalist:innen nicht von einem Tag auf den anderen geschehen. Unser Fonds für Menschenrechtsverteidiger:innen in Not wird demnach auch in den kommenden Jahren wichtig bleiben. Es ist absehbar, dass die Kämpfe der indigenen Gemeinschaften gegen die Überausbeutung der natürlichen Ressourcen auch in Zukunft konsequent und gegen erbitterte Widerstände geführt werden müssen.

Konkrete Unterstützung

Mit dem Fonds für Menschenrechtsverteidiger:innen konnten wir die indigene Gemeinschaft von Chapín Abajo am Südufer des Izabalsees unterstützen, die Ende 2022 durch einen massiven Einsatz von Polizei und Paramilitärs

von ihrem angestammten Land vertrieben wurden. Bei der brutalen und überfallartigen Vertreibung wurde grossflächig Tränengas eingesetzt und auch scharf geschossen. Mehrere Personen wurden verletzt und ein Jugendlicher getötet. Gegen die guatemalteckische Menschenrechtsorganisation *Grupo de Apoyo Mutuo* wurde in den Jahren 2022 und 2023 eine intensive Kriminalisierungskampagne gefahren, die neben einer offiziellen Anklage auch Verfolgungen, Drohungen und tätliche Angriffe nach sich zog. Durch unsere finanzielle Unterstützung konnte die Menschenrechtsorganisation mit professioneller Hilfe ein angepasstes Sicherheitskonzept erstellen und die entsprechenden Massnahmen treffen.

Über zehn Jahre nachdem 2012 beim Cumbre de Alaska in Totonicapán sieben Protestierende von Sicherheitskräften getötet und weitere 30 teils schwer verletzt wurden, begann 2023 endlich der Prozess. Wir konnten die Überlebenden und Zeugen unterstützen, so dass sie am Prozess teilnehmen und ihre Aussagen machen konnten.

Allen, die sich aktiv für den Fonds engagiert haben, danken wir von Herzen!

Institutionen, die uns 2023 eine Spende zukommen liessen:

Bruderklausen-Stiftung Zürich
Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Winterthur-Mattenbach
Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Zürich KK11
Gruppe Solidarität weltweit Düringen
Stiftung Ilanzer Dominikanerinnen
Stiftung Temperatio

Mit einer Spende für den Fonds für Menschenrechtsverteidiger:innen können auch Sie mutige Frauen und Männer unterstützen, die wegen ihres Engagements für Frieden und Gerechtigkeit oder ihres Einsatzes für Menschen- oder kollektive Rechte in Not geraten.

Vielen Dank für Ihre Solidarität!

**Guatemala-Netz Zürich, 8049 Zürich
IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1
Vermerk «Fonds MRV»**

«Bildung bewegt»: Bericht 2023

Das Wahljahr 2023 war auch für die Stipendiat:innen der Bewegung für Landarbeiter:innen und Landarbeiter (MTC) in San Marcos ein äusserst spannungsreiches Jahr. Sie waren an Kundgebungen, haben an Wahlveranstaltungen teilgenommen, bei Gesprächsrunden mit Kandidierenden konkrete Forderungen gestellt und die Debatten in ihren Familien- und Freundeskreis weitergetragen. Einige Studierende haben sich zu Wahlbeobachter:innen ausbilden lassen und die Wahlen in dieser Funktion begleitet.

Die Freude war gross, als der Sozialdemokrat Bernardo Arévalo am 14. Januar 2024 nach einer bewegten Zeit sein Amt als neuer Präsident antreten konnte. Der Machtwechsel weckte auch bei der Landbevölkerung grosse Erwartungen. Konkret erhofft sich die MTC mehr Unterstützung von staatlichen Institutionen. Die Verantwortlichen des Stipendienprojekts wünschen sich etwa, dass die Gemeinden Werkzeug für die Reinigung von Wasserläufen, Parks und Strassen zur Verfügung stellen oder den Jugendorganisationen Parzellen für den Gemüseanbau überlassen und Schulungsräume zur Verfügung stellen. «Ideen gäbe es viele», meint die Koordinatorin des Stipendienprogramms Julissa Barrios, «aber es hängt vieles vom Willen der lokalen Bürgermeister ab und so schnell lassen sich korrupte Strukturen und Verhaltensweisen, die bis in die Gemeinden hinein reichen, leider nicht verändern.» Weitab vom Zentrum der Macht haben die Projekte der MTC für die Verbesserung der Lebensbedingung der Landbevölkerung weiterhin eine grosse Bedeutung.

2023 war für alle 24 Begünstigten ein erfolgreiches Jahr: 17 junge Frauen und sieben Männer haben ihre Semester 2023 erfolgreich abgeschlossen. Niemand musste vorzeitig aus dem Stipendienprojekt ausscheiden. Vier Frauen haben eine Arbeit im Bildungsbereich gefunden, zwei übernehmen neue Aufgaben beim MTC und ein Stipendiat, der sein Jurastudium abgeschlossen hat, konnte in der Kleinstadt Comitancillo ein Beratungsbüro eröffnen. Die Projektverantwortlichen haben die freien Stipendien an neue Bewerber:innen vergeben, die die Kriterien der MTC erfüllen.

Um ein Stipendium von 40 US-Dollar pro Monat zu erhalten, verpflichten sich die jungen Frauen und Männer, einen Beitrag zur Entwicklung ihrer Gemeinden zu leisten. Der Leitsatz «Sorge um das gemeinsame Haus» (*cuidado de la*

Casa Comun) stand auch 2023 im Fokus. Anfang Jahr wird gemeinsam festgelegt, welche Aktionen die Studierenden in ihren *comunidades* durchführen. Die Verantwortung für die Planung und Umsetzung liegt bei ihnen. Meist beteiligen sich die regionalen Jugendkomitees und örtlichen Familien an den Aktivitäten. Projekte planen, gemeinsam durchführen und der Aufbau von Netzwerken sind wichtige Fähigkeiten für künftige Entscheidungsträger:innen.

In zehn Gemeinden sind mehrere Reinigungsaktionen durchgeführt, Pflanzen- und Blumenbeete angelegt sowie kleine Parkanlagen gepflegt und wieder aufgeforstet worden. Wiederum stellten auch verschiedene Stipendiat:innen ihr erlerntes Fachwissen in den Dienst der Gemeinden:

Marvin Pérez, der im 4. Semester Kommunikationswissenschaften studiert, hat sich zu einem bedeutenden Lokalhistoriker seiner Bezirkshauptstadt Comitancillo entwickelt. Zusammen mit dem lokalen Jugendkomitee produzierte er Videos über das Wissen seiner Maya-Mam Vorfahren, die im Schulunterricht genutzt werden können und dazu beitragen sollen, dass die eigene Geschichte nicht verloren geht.

Olga Rosario Lucas studiert im 7. Semester Zahnmedizin. Während ihres Praktikums führte sie in ihrer Gemeinde gratis Zahnbehandlungen durch. Sie bietet auch in verschiedenen *comunidades* Informationsveranstaltungen zur Mundhygiene an und hat sich zu einer anerkannten Ansprechperson für Zahnprobleme entwickelt.

Einen ganz anderen Beitrag leistet *Nimsi Jedalia*. Sie absolviert eine Lehre als Friseurin und erwirbt dabei auch Kenntnisse im Schminken sowie in der Maniküre und Pediküre. In ihrer Freizeit teilt sie ihr Wissen und gibt praktische Tipps, was vor allem bei jungen Frauen auf grosses Interesse stösst. Besonders bei Hochzeiten ist ihre Unterstützung gefragt.

Wir bedanken uns im Namen der Stipendiat:innen und der MTC San Marcos ganz herzlich für Ihre Unterstützung! Im Jahr 2024 möchten wir wiederum 24 Studierende unterstützen und ihnen ermöglichen, sich tatkräftig in ihren Gemeinden zu engagieren. Wir würden uns sehr freuen, Sie weiterhin zu unseren Spender:innen zählen zu dürfen.

Mitgliederversammlung 2024

Donnerstag, 2. Mai, 18.00 Uhr
im aki, Hirschengraben 86, Zürich

- ab 17.45 Sich einfinden und austauschen
18.00 Mitgliederversammlung statuarischer Teil
19.00 Rahmenprogramm: «**Sanando tú, sano yo; sanando yo, sanas tú.**»
 Austausch und Maya-Zeremonie mit Aura Lolita Chávez Ixcaquic, Maya-K'iche' aus Ixim Ulew
 (Guatemala) – Aktivistin, feministische Gemeinschaftsheilerin, internationale Referentin im Kampf für den
 Erhalt des Lebens. Spanisch mit Übersetzung ins Deutsche
20.00 Apéro

Anmeldung erwünscht an info@guatemalanetz-zuerich.ch

Wir freuen uns auf den gemeinsamen Abend und hoffen auf viele Teilnehmende.



Impressum: Nr. 72, April 2024

Erscheint jährlich.

www.guatemalanetz-zuerich.ch info@guatemalanetz-zuerich.ch

<https://www.facebook.com/GuatemalaNetz>

Redaktion: Alice Froidevaux, Michael Kohli

Layout: Alice und Pascal Froidevaux

Lektorat: Jacqueline Hefti, Michael Kohli

Administration: Silvia Brennwald

Guatemala-Netz Zürich, 8049 Zürich

IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1